

Ressort: Politik

Vereintes Europa? Aber nicht in der Flüchtlingsfrage!

Europa bricht auseinander

Berlin, 26.10.2015, 10:36 Uhr

GDN - Europa zerbricht am Flüchtlingsdrama. Immer mehr Menschen suchen das Heil in der Flucht, und wollen in sichere westliche Länder. Das nicht alle Länder mit dem Flüchtlingsstrom umgehen können, oder sich damit belasten wollen, wird immer klarer.

In Ländern wie Kroatien oder Serbien werden die Menschen in Busse gepackt und zur nächsten Ländergrenze gebracht. Ganz nach dem Motto "Sollen sich doch die anderen damit ärgern". So landen die meisten dann in Österreich und werden weiter nach Deutschland gebracht. Dabei ist Deutschland am Rand seiner Aufnahmefähigkeiten, und weiß nicht wie dies Problem gelöst werden kann. Wir distanzieren uns ganz klar und mit allem Nachdruck von der rechten Szene, aber wir als Mitbürger Deutschlands verstehen nicht, wie die Politiker immer mehr Menschen nach Deutschland rein lassen.

In einem Bericht vorher haben wir dieses Thema bereits aufgegriffen, und mitgeteilt, dass langjährige Mieter ihre städtischen Wohnungen nun räumen müssen, damit dort Flüchtlinge untergebracht werden können. Das kann aber doch nicht sein. Irgendwo muss doch auch an die deutsche Bevölkerung gedacht werden. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gemacht, bis zum Winter alle Flüchtlinge untergebracht zu haben. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gemacht, bis zum Winter alle Flüchtlinge untergebracht zu haben. Dabei schaffen sie es noch nicht mal mit allen hier bereits lebenden Menschen. Wie soll es dann mit den Menschen klappen die nun nachkommen.

Zumal es nicht alles Flüchtlinge sind, sondern viele die Chance auf ein besseres Leben in einem der reichsten Länder Europas suchen. Wir haben gerade alles in den Griff bekommen, die Arbeitslosigkeit unsere Schulden. Nun wird gesagt, das die Finanzierung der Flüchtlinge ohne Steuererhöhungen von statten geht. Wie soll dieses denn funktionieren? Sollten die Steuern erhöht werden, werden mit Sicherheit die Demonstrationen der PEGIDA noch mehr Anhänger finden. Merken die Politiker denn überhaupt, dass sie immer mehr Menschen in die Fänge der Rechtsextremisten treiben? Bestes Beispiel die Wahl in Polen, wo der rechte Flügel mit über 38% die Macht übernommen hat.

Die Polizei hat in einem bewegenden Bericht auf Facebook mitgeteilt, dass es nicht mehr Kriminalität gibt. Wir haben es schon anders erlebt. So zum Beispiel in Supermärkten. Dort ist es mehrfach vorgekommen dass sich Flüchtlinge den Kassenbon angeeignet haben, und darauf bestanden haben den bezahlten Einkauf zu bekommen. Die Polizei kann nichts machen, da der der den Kassenbon hat, auch rechtmäßiger Eigentümer des Einkaufs ist. Das haben wir mehrfach erlebt. Europa muss in dieser Krise noch näher zusammen rücken, und endlich zeigen, welch Zusammenhalt besteht. Reden ist gut, aber nun ist Handeln erforderlich, und zwar schnell.

Gemeinsam die Krise bewältigen muss das Motto für Europa lauten, und nicht nur vereinzelte Länder, weil die anderen sich da fein raus halten wollen. Geld aus der EU nehmen alle, aber wehe, man fordert was für das Geld. Da heißt es dann das dies nicht machbar ist. Und genau das ist der Punkt, an dem Europa zerbrechen wird. Dies sieht man auch, das viele Länder neue Grenzen errichten. Auch Deutschlands Bevölkerung wird sich dem bald anpassen, wenn es so weiter geht. Mit den Worten von Peter Maffay möchte ich den Bericht beenden.

Dieser sagte sinngemäß das, wenn es immer mehr Flüchtlinge geben wird, wir nicht mehr helfen können. Und an dieser Aussage ist mit Sicherheit was Wahres dran. Helfen ja, immer und gerne, aber irgendwann können auch die Menschen nicht mehr die helfen wollen. Irgendwann sind es einfach zu viele Menschen denen geholfen werden muss. Damit sind dann auch die Helfer überfordert. Hier muss dann die Politik auch einsehen haben.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-62202/vereintes-europa-aber-nicht-in-der-fluechtlingsfrage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Oliver Berling

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Oliver Berling

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619